

vbb magazin

7/8

Juli/August 2018 • 57. Jahrgang



Der Bundeswehrbeamte
Zeitschrift des Verbandes
der Beamten der Bundeswehr



Viele Herausforderungen

Seite 9 <

Geschichtliches für
den Historiker

Seite 10 <

Rüstung unter Druck –
Was macht die Presse?



© Jan Brenner / dbb

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Frage nach der Zukunft der Beschaffungsbehörde am Deutschen Eck und dessen Geschäftsbereich beschäftigt den Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) so lange, dass der Vergleich mit Sisyphos aus der griechischen Mythologie durchaus greift. Kaum wähen sich die Beschäftigten ob einer weiteren organisationspolitischen „Großtat“ auf dem Gipfel und es hatte den Anschein, als könnten sie sich nunmehr ihren originären Aufgaben widmen, „schubst“ eine neue Leitung des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) das gesamte Konstrukt mit dem Versprechen „Auf zu neuen Ufern“ talwärts und das Spiel beginnt von Neuem. Wie bei einem Perpetuum mobile. Seit Ende des vergangenen Jahres die Alarmglocken zu läuten begannen, beschäftigt sich der VBB nunmehr schwerpunktmäßig mit der Gemengelage rund um das Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw). Über Jahre hinweg sahen sich die Beschäftigten des Rüstungsbereiches in der Rolle von „Crashtest Dummies“, die von allen Sei-

ten für jegliches Problem in der Rüstung verantwortlich gemacht wurden. Öffentlichkeitswirksame Rückendeckung durch die Leitung des BMVg? Fehlanzeige. Das „Beamten Bashing“ geriet quasi zu einer sportlichen Herausforderung. Unser Verband ist immer dafür eingetreten, diesen scheinbar unausgesprochenen konzentrierten Aktionen mithilfe einer ausgewogenen Berichterstattung einen Kontrapunkt zu setzen – nach innen, wie nach außen. Rüstung ist nun einmal ein komplexes Konstrukt. Wir dürfen es uns daher auch durchaus anrechnen lassen, mit unseren Hintergrundgesprächen zu einer veränderten Berichterstattung in den Medien und einer differenzierteren Betrachtungsweise in der Politik beigetragen zu haben. Und natürlich wird der VBB die Arbeit der nunmehr eingerichteten „Task Force“ begleiten und eine Beteiligung im weiteren Verfahren einfordern. Das schulden wir nicht nur unseren Mitgliedern, sondern auch unserem Selbstverständnis als die Interessenvertretung, die sich – wie keine andere – um den Erhalt der Bundeswehrverwaltung und des Rüstungsbereiches als Teil einer hoheitsrechtlich zu organisierenden Bundesverwaltung einsetzt. In diesem Zusammenhang hat ein Slogan des VBB aus den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts nichts an Aktualität verloren: „Optimierung geht vor Privatisierung“.

Auf den Seiten 10 bis 13 dieser Ausgabe finden Sie dazu einen „Pressespiegel“ mit dem wir Ihnen – versehen mit pointierten Anmerkungen zur jeweiligen Thematik – einen kleinen Überblick zur Berichterstattung in den Medien geben wollen. Viel Erkenntnisgewinn beim Lesen. Wir freuen uns auf Ihre Reaktionen.

Seit Ende Juni 2018 liegt dem Verband der Beamten der Bundeswehr der Evaluationsbericht des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) der Res-

>	Sitzung des Berufsrates Verteidigung der CESI	4
>	Der Wehrbeauftragte rief – und alle kamen	6
>	Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Ursula von der Leyen, eröffnet Raum der Information am Ehrenmal der Bundeswehr	6
>	Feierliche Serenade zum Abschied	8
>	Neuer Präsident im Bundessprachenamt	8
>	Geschichtliches für den Historiker	9
>	Personalsituation im BAAINBw verbessern	9
>	Rüstung unter Druck – Was macht die Presse?	10
>	Task Force BeschO: Schönheit kommt von innen	14
>	Initiative „Chefsache“ – Jahreskonferenz 2018 unter dem Motto „Talentent- wicklung neu denken“	14
>	Tag der Bundeswehr – Ein voller Erfolg!	16
>	Stärker in die Politik einbringen	18
>	30. Landesgewerkschaftstag des dbb hamburg	18
>	Haupt- Jugend- und Auszubildenden- vertretung beim BMVg	19
>	14. Frauenpolitische Fachtagung der dbb bundesfrauenvertretung – die VBB-Frauen diskutierten mit!	20
>	Geballte VBB-Frauenpower	21
>	Wir machen Hamburg unsicher ... mit der VBB-Jugend unterwegs!	22
>	Landesjugendtag der BBW-Jugend	23
>	Festveranstaltung zur Eröffnung des 12. Deutschen Seniorentages in Dortmund	24
>	VBB-Europaseminar	25
>	VBB-Seminar zum Thema „Beamtenrecht“	25
>	Aus unseren Bereichen und Landesverbänden	26
>	Personalnachrichten	38
>	Beihefter: Jahresinhaltsverzeichnis 2017	

>	Bundespolitische Spitzen- gespräche in Berlin	39
>	Lehrerstreikfälle – Bundesverfassungsgericht weist Klagen zurück	40
>	3. dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST: „Heute für morgen planen – Personal gewinnen und halten“	42
>	interview Dr. Helge Braun, Kanzleramts- minister, Digitalisierungskoor- dinator der Bundesregierung	46

Impressum

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle des VBB, Baumschulallee 18 a, 53115 Bonn. **Telefon:** 0228.38927-0. **Telefax:** 0228.639960. **Redaktion:** Bundesgeschäftsstelle des VBB. **Internet:** www.vbb-bund.de. **E-Mail:** mail@vbb-bund.de. **Herausgeber der dbb seiten:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Christine Bonath (cri). **Redaktion:** Jan Brenner (br). **Fotos:** dbb, Fotolia, MEV. **Bezugsbedingungen:** Die Zeitschrift erscheint 10-mal im Jahr und ist für VBB-Mitglieder im Beitrag eingeschlossen. Nichtmitglieder bestellen schriftlich beim dbb verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 29,00 € zzgl. 5,50 € Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 3,20 € zzgl. 1,20 € Versandkosten, inkl. MwSt. Abonnementkündigungen müssen bis zum 1. Dezember beim dbb verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr. **Verlag:** dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Versandort:** Geldern. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** FDS, Geldern. **Anzeigen:** dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen. **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk. **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 59** (dbb magazin) und **Preisliste 43** (vbb magazin), gültig ab 1.10.2017. **Druckauflage:** dbb magazin: 598 651 (IVW 1/2018). **Anzeigenschluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter. **ISSN 0521-7814**

sortbefragung zu den Erfahrungen mit der Regelung des Stellenbesetzungsverfahrens nach § 27 Bundeslaufbahnverordnung (BLV) vor. Wegen der zeitlichen Nähe zur Druckfreigabe für diese Zeitung werden wir eine Zusammenfassung der Ergebnisse für die Ausgabe im September vorsehen. Deshalb an dieser Stelle nur einige grundsätzliche Anmerkungen:

Der Verband der Beamten der Bundeswehr hat sich stets für die sogenannte Durchlässigkeit der Laufbahnen und Laufbahngruppen eingesetzt. Bereits zu einer Zeit, in der die „Puristen“ des ehemaligen BMI besagte Durchlässigkeit ausschließlich für Regelaufstiegsverfahren angewandt wissen wollten, hat sich der VBB zusammen mit dem damaligen Bundesvorsitzenden des BDZ, Klaus-Hilger *Leprich*, für alternative „Aufstiegsformen“ eingesetzt. Am Ende der seinerzeit gemeinsam mit der Spitze dbb – beamtenbund und tarifunion geführten Gespräche stand unter anderem das in Rede stehende Stellenbesetzungsverfahren nach § 27 BLV. In den Folgejahren

hat sich zweierlei herausgestellt:

1. Das Bundesministerium der Verteidigung war und ist im Vergleich mit den anderen Bundesressorts das Ministerium, dass diese Möglichkeit der beruflichen Qualifizierung von leistungsstarken Beamtinnen und Beamten überhaupt in nennenswertem Umfang anwendet.
2. Die bis heute geltende Rechtslage:
 - Bewährung in zwei Verwendungen bei einer Dienstzeit von 20 Jahren,
 - seit mindestens fünf Jahren im Endamt,
 - mit einer höchsten oder zweithöchsten Note in den letzten beiden Beurteilungen

war reformierungsbedürftig. Reformen dieser im Grundsatz richtigen Regelung erschienen uns auch deshalb sinnvoll, will man doch eine Qualifizierungsform haben, die gerade in einer Flächenverwaltung wie der Bundeswehr nicht fast ausnahmslos nur im Ministerium und den Oberbehörden

Anwendung findet, sondern auch im Bereich der Ortsdienststellen und dort unter anderem auch für den mittleren Dienst angewandt werden kann. Gerade für die Kolleginnen und Kollegen des mittleren Dienstes oder für bestimmte Berufsgruppen aber, wie beispielsweise im Bereich der Bundeswehrfeuerwehr, führt das Formerfordernis des Endamtes aufgrund fehlender Anzahl von Dienstposten zum Ausschluss von dieser „Aufstiegsregelung“. Deshalb hat sich der VBB frühzeitig für eine Modifizierung der Zugangsvoraussetzungen eingesetzt. Vorrangiges Ziel unserer Gespräche – auch mit den zuständigen Vertretern des BMI – war, das Formerfordernis des erreichten Endamtes auf das vorletzte Beförderungsniveau abzusenken. Dieser Forderung unseres Verbandes will man vonseiten des Innenministeriums nunmehr Rechnung tragen. Ein Referentenentwurf des BMI sieht nunmehr folgende Zugangsvoraussetzungen vor:

- mindestens drei Jahre im vorletzten Amt der Laufbahn,

- eine Bewährung in mindestens zwei Verwendungen,
- in den letzten beiden Beurteilungen entweder die höchste oder die zweithöchste Note.

Diese, durch das Innenministerium in einem Referentenentwurf vorgelegten Änderungen, bewerten wir durchwegs positiv. Sie sind eine gute Grundlage für die weiteren Gespräche. Bereits jetzt gilt unser Dank dem zuständigen Referat P II 4 im Bundesministerium der Verteidigung für die positive Bewertung dieser „Aufstiegsform“ gegenüber dem BMI und dem Referat D 2 im Innenressort für die konzeptionelle Vorarbeit der möglichen neuen Regelung.

Herzlichst

Ihr



Wolfram Kamm

Sitzung des Berufsrates Verteidigung der CESI

Zu seiner turnusmäßigen Sitzung trafen sich die Mitglieder des Berufsrates Verteidigung der Europäischen Union unabhängiger Gewerkschaften (CESI) in Brüssel.

Für den Verband der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB) nahm der Bundesvorsitzende Wolfram *Kamm* in seiner Funktion als Vizepräsident des Berufsrates Verteidigung der CESI teil.

Neben den aktuellen Berichten der Vertreter der anwe-

senden Mitgliedsverbände und einer Diskussion und dem Erarbeiten von Strategien zur Einflussnahme auf politische Entscheidungen im europäischen Verteidigungssektor, standen drei Sachthemen zur internationalen Verteidigungspolitik auf der Agenda, zu denen hochkaräti-

ge Referenten europäischer Gremien eingeladen waren.

Zum Stand der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland gab der finnische Diplomat *Petteri Vuorimäki*, Mitglied des Auswärtigen Dienstes der EU, einen Sachstand. Dabei wies er im Besonderen auf die großen Veränderungen in der Intensität der Gespräche mit Russland seit der Annektierung der Krim hin. Waren gerade zu Beginn der 2000er-Jahre die Gesprä-

che auf allen Ebenen zum Teil zweimal im Monat geführt worden, war die Annektierung der Krim durch die russische Föderation der große Einschnitt. Will man aus diesem völkerrechtswidrigen Verhalten ein positives Moment ableiten, so ist dieses eine bisher nicht gekannte Einigkeit der Europäischen Union.

Daraus abgeleitet wurden fünf Prinzipien erarbeitet, die es erlauben, kommunikativ weiter zu agieren:

1. Aufrechterhalten der Forderung nach Umsetzen des „Minsk-Abkommens“ und das „Nichtvergessen“ der Ukraine.
2. Die Europäische Union wird die östlichen Partner (zum Beispiel Armenien, Moldavi- en) weiter unterstützen.
3. Die Europäische Union ist entschlossen, eigene Fähigkeiten zu stärken – Beispiel hybride Bedrohlagen, Cyber.
4. In der Kommunikation mit der Russischen Föderation soll es weiterhin ein „selektives Engagement“ geben und keinen Gesprächsabbruch.
5. Kontakte mit den Menschen in Russland um der Menschen willen sollen aufrecht erhalten bleiben, um nicht eine ganze Generation zu verlieren.

Zur Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der NATO im Verteidigungsbereich referierte der Leiter des Referates für NATO und multilaterale Angelegenheiten in der Abteilung für politische Angelegenheiten und Sicherheitspolitik der NATO, Petr *Chalupecky*.

Herr *Chalupecky* betonte im Rahmen seiner Ausführungen die Notwendigkeit, Antworten auf die russische Aggression der Krim und der Ostukraine zu geben. Dazu gehöre auf die Aufstellung eines NATO-Gefechtsverbandes und die Unterstützung der Eigenständigkeit der Partner, gerade im Osten. Dieses erfordere aber auch die Modernisierung der jeweiligen Streitkräfte, um effizient vorgehen zu können, einschließlich eines Gleichgewichtes bei der Verteilung finanzieller Lasten.

Die Initiative der Europäischen Union im Hinblick auf eine ständige strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) versteht die NATO nicht als



„Konkurrenz“, sondern eine positive Begleitung notwendiger gemeinsamer Anstrengungen, Lasten und Risiken im Hinblick auf die politischen Herausforderungen gleichmäßig zu verteilen.

Den Abschluss der Sitzung des Verteidigungsrates der CESI bildete das Gespräch mit dem stellvertretenden Kabinettschef der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Fredrica *Mogherini*.

Oliver *Rentschler* warf einen Blick auf die derzeitige Situation in Europa.

Zusammengefasst lassen sich seine Ausführungen wie folgt darstellen:

1. Die Aussagen von Javier *Solana* aus dem Jahre 2003: „frei, reich, sicher“ als Zielsetzung in Europa müssen neu betrachtet werden. Seit 2016 ist die Erarbeitung einer neuen Strategie unter dem Eindruck der geopolitischen Veränderungen zwingend erforderlich.

2. Europa muss weg vom Bild eines Konsumenten für Sicherheit, hin zu einem Produzenten für Sicherheit.

3. Manche bestehenden oder erwartbaren Szenarien scheinen besser in europäischen, als in NATO-Strukturen lösbar. Stichwort: „Protecting Europe“.

4. Überlegungen innerhalb der Europäischen Union zur Eigenverantwortlichkeit stellen keine Konkurrenz zur NATO dar.

Eine der in Augenschein genommenen Maßnahmen hierzu ist die permanente strukturierte Zusammenarbeit (PESCO). Diese Möglichkeit der Zusammenarbeit in verschiedenen – auch militärischen Bereichen – folge dem Prinzip der Freiwilligkeit. Sinn und Zweck ist weder der Aufbau einer europäischen Armee und daraus folgend auch keine Konkurrenz zur NATO. Die zu treffenden Entscheidungen folgen dem Konsensprinzip, müssen folglich einstimmig getroffen werden.

Die jeweils zur Verfügung gestellten Kapazitäten bleiben in nationaler Verantwortung.

Für die Mitglieder des Berufsrates ist es wichtig, eine institutionalisierte Gesprächsform zu erhalten, in der gerade im Zusammenhang mit PESCO auch für die europäischen Gewerkschaften und Berufsverbände eine Möglichkeit geschaffen wird, beispielsweise soziale Standards anzusprechen und mitzugestalten. Und dieses auf dem jeweils höchsten Niveau, das in der Europäischen Union vorhanden ist. Als ein negatives Beispiel wurde die Situation der Streitkräfte und der Polizei in Luxemburg angesprochen. Dort hat die Ausgestaltung des passiven Wahlrechtes die Aufgabe des Beamtenstatus zur Folge. Für den Fall einer nicht erneuten Wahl ist eine Rückkehr in das Beamtenverhältnis fast unmöglich.

Herr *Rentschler* sagte dem Berufsrat Verteidigung seine Unterstützung bei dessen Anliegen im Bereich PESCO zu. ■

Der Wehrbeauftragte rief – und alle kamen

Der Empfang des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages ist mittlerweile mehr als eine gute Tradition. Er ist – wie das Amt selber – eine Institution und als Pflichttermin aus dem Jahresplaner nicht mehr wegzudenken.

Und wie durch eine Fügung war der Ort des Empfangs einer mit Symbolcharakter. Gemeinsam mit der Botschafterin der Französischen Republik in der Bundesrepublik Deutschland, I. E. Anne-Marie Descotes, hatte Dr. Bartels in die Französische Botschaft eingeladen.

Symbolcharakter auch deshalb, weil durch die geopolitischen Veränderungen, unter dem Eindruck der Annexion der Krim durch die Russische Föderation sowie durch die NATO-internen/transatlantischen Schwierigkeiten, Handlungsbedarf in Sicherheitsfragen für die Europäische Union entstanden ist. In allen gehaltenen Reden spielte diese Notwendigkeit der verstärkten Zusammenarbeit der europäischen Staaten eine zentrale Rolle. Dabei bildet fast zwangsläufig die Deutsch-Französische Freundschaft die zentrale Rolle.

Neben den im Programm vorgesehenen Ansprachen der Botschafterin, des Wehrbeauftragten und der Bundesministerin der Verteidigung, Frau Dr. Ursula von der Leyen, hatte Dr. Bartels noch einen Überraschungsgast als „Ass“ im Ärmel. Mit Frau Sabine Thillaye trat sozusagen die personifizierte Deutsch-Französische



© Andreas Paul Schöninger (2)



© Andreas Paul Schöninger

Freundschaft ans Rednerpult. Frau Thillaye lebt seit 35 Jahren in Frankreich, ist Unternehmerin und mit einem französischen Staatsbürger verheiratet. In die Politik kam Frau Thillaye durch ihren Beitritt zur „Macron-Bewegung“ und ist Mitglied der französischen Nationalversammlung. In einem fast schon flammenden Appell beschwor sie den Willen und die erforderliche Einsicht in die Notwendigkeit, den Einigungsprozess in Europa weiter voranzutreiben. ■

Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Ursula von der Leyen, eröffnet Raum der Information am Ehrenmal der Bundeswehr

Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Ursula von der Leyen, eröffnete am Montag, dem 11. Juni 2018, den Raum der Information am Ehrenmal der Bundeswehr in Berlin, zu dem auch der Bundes-

vorsitzende des Verbandes der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB), Wolfram Kamm, als Interessenvertreter für die Beamtinnen und Beamten in der Bundeswehr geladen war.

Seit der Gründung der Bundeswehr sind 3.267 Männer und Frauen im Dienst gestorben. Jedem von ihnen wird am Ehrenmal der Bundeswehr gedacht. Der Raum der Information ergänzt das Ehrenmal, indem er dessen Architektur und Symbolik erklärt und Hintergründe zum Tod der im Dienst verstorbenen Bundeswehrangehörigen aufzeigt. Auch bietet er Informationen zur Geschichte der Bundeswehr und deren wesentlichen Kernaufträgen im Wandel der Zeit.

Die Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Ursula von der Leyen, dazu: „Der Raum informiert und sensibilisiert. Er erklärt, warum der Dienst unserer Soldatinnen und Soldaten ein ganz besonderer ist.“

Die Darstellung der Entwicklung, der Unglücksfälle und der



Gedenkkultur der Bundeswehr erfolgt anhand von Zeittafeln, Videos und Hörstationen. Der Raum der Information befindet sich wie das Ehrenmal der Bundeswehr in der Hildebrandstraße in Berlin-Tiergarten. Er kann sowohl von dort als auch vom Paradeplatz des Bundesminis-

teriums der Verteidigung aus wechselseitig betreten werden und befindet sich damit auf der Schwelle zwischen der Bundeswehr und dem öffentlichen Raum.

Der Raum der Information wurde von TRU Architekten

aus Berlin entworfen und in einjähriger Bauzeit errichtet.

Einen Bericht zur Eröffnung des Raumes der Information finden Sie auch bei YouTube (<https://www.youtube.com/watch?v=GuZ-algFbpM&feature=youtu.be>)